

Trittin zeigte sich nachdenklich

SIEGEN Linker Spitzenkandidat der Grünen setzte sich für eine neue Wirtschaftspolitik ein

Der 55 Jahre alte Bundestagsabgeordnete kam gestern nach Siegen, um für Europa zu werben und Staatsbeteiligungen zu rechtfertigen.



Trittin: kam als EU-Wahlkämpfer, trat dann als Ordnungspolitiker auf. Foto: ch

ch ■ Das hässliche K-Wort: Keiner mag es hören, viele fürchten es, etliche verdrängen es. Doch die Krise ist da. Auch in Südwestfalen. Die Automobilzulieferer leiden. Die Krise schlägt durch. Auch in Siegen. Der heimische Maschinen- und Anlagenbau ächzt und beklagt enorme Auftragsrückgänge. In der kleinen Siegerer Geschäftsstelle der Grünen wurden deshalb gestern große Probleme diskutiert: über Lösungen zur Rettung von Opel, über Bürgschaften für Karstadt, über die Milliarden für Banken – und über die Sinnhaftigkeit von Staatsbeteiligungen. „Da bin ich sehr zurückhaltend“, so ein nachdenklicher Jürgen Trittin, der von seinen Parteifreunden eingeladen worden war, für den Stadt- und Kreisverband der Grünen EU-Wahlkampf zu machen.

„Nein“, der Bundestagsabgeordnete und Spitzenkandidat seiner Partei für die kommende Bundestagswahl schüttelte den Kopf. „Klientelgeschenke“ für kriselnde Branchen wolle er nicht machen, betonte Trittin mit Blick auf die Geschehnisse bei Opel. Kein Aufpäppeln alter Strukturen. Keine falschen Anreize. Keine Abwrackprämie. Aber, so der Ex-Umweltminister und ehemals eifrige Kritiker des Autos als Form der Mobilität, wenn zukunftssträchtige Unternehmen in Schwierigkeiten kämen, müsste unter bestimmten Bedingungen der Staat eingreifen. Staatsbeteiligungen als „strategische Wirtschaftspolitik!“ Eine Rechtfertigung.

Und ein Baustein moderner Wirtschaftspolitik in grün. Voraussetzung für

ein Engagement z. B. bei Opel sei ein überzeugendes Zukunftskonzept, eine echte Modernisierung, sonst lasse sich der

Einsatz von Steuergeldern dann doch nicht rechtfertigen. Auch wenn es um zig Opel-Arbeitsplätze gehe, Mitarbeiter und Autohändler sich mit Geld und Zeit einbrächten und potente Investoren bereit stünden.

Auf die Frage hin, wie man nicht nur den sonstigen Steuerzahlern das neue Einschreiten des Staates erklären könne, sondern auch dem Mittelständler zwischen Attendorn und Burbach das Eingreifen plausibel mache, legte der gebürtige Bremer seinen Kopf zurück und eine kurze Denkpause ein. Dann die nächste Rechtfertigung. Für die aktuellen und alle künftigen Probleme, die grüne Wirtschaftspolitik künftig anpacken muss. Und für alle mittelständischen Betriebe: Ja, er wisse, dass der Großteil der Unternehmen – 90 Prozent – weniger als 250 Mitarbeiter und keinen direkten Zugang zum Kapitalmarkt habe. Finanzierungen laufen über Kredite. Und wenn es nun wegen der Bankenkrise Finanzierungsprobleme gibt, „dann ist es unsinnig, genau diese Unternehmen ohne Klärung ihrer Zukunftsperspektiven pleite gehen zu lassen!“ Staatliche Beteiligungen seien eben kein Selbstzweck, könnten aber dazu beitragen, kurzfristig Eigenkapitalquote aufzustocken und Kredite wieder möglich zu machen und damit mittelfristig Arbeitsplätze zu sichern.

Viel lieber jedoch wolle Trittin neue Arbeitsplätze schaffen. Im Bereich der ökologischen Erneuerung, wie es der Grüne nennt, seien seit 1998 viele dieser Arbeitsplätze entstanden. Über 280 000 in zehn Jahren. Gerade die traditionellen Branchen wie die Autoindustrie und die Energiewirtschaft würden umso erfolgreicher, „je schneller sie Klima- und Umweltschutz zur Grundlage ihres Handels machen!“ Ökologischer Mehrwert als Geschäftsziel, immer mehr Blaumänner müssten grün werden, so Trittin, der mit Renate Künast und Fritz Kuhn eine Million neue Jobs schaffen möchte. Seine Augen schauten dabei entschlossen – Trittin trat gestern schließlich als Ordnungspolitiker auf.